

Wossische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Verlag: Zentral-Verlag Ullstein, Amt Dönhofs 3000-3005.
Für den Fernverkauf: Amt Dönhofs 3086-3098. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Schwere Raiffeisen-Berluste

Wechsel in der Leitung

Die deutsche Raiffeisenbank A.-G. ist in Schwere Zeiten geraten und muß jetzt sanieren werden. Sie hat durch starke Kreditvergrößerung an Industrie-Gesellschaften, nach ihrem Charakter als Landwirtsbank ohnehin nicht erwartbar, beträchtliche Verluste erlitten, die sich auf eine ganze Reihe von Millionen belaufen. Dazu kamen leichtfertige Spekulationen untergeordneter Stellen.

Das Aktienkapital, das 225 Mill. Mark beträgt, wird voraussichtlich erheblich ausgemengt werden müssen. Nur ein geringer Bruchteil der genossenschaftlichen Rechte, in denen die sich größtenteils die Aktien besaßen, ist es, daß bei der letztjährigen Vollversammlung das Papiermarkkapital nur im Verhältnis von 2:1 verringert worden ist. Der einige Quäbiger der Bank ist die Preussische Central-Genossenschaftsbank, deren Forderungen jedoch durch die unbeschränkte Haftung der der

Raiffeisenbank angefallenen 9000 Genossenschaften sowie durch Verpfändung der Bauschulden ihrer Forderungsgesellschaften als gedeckt angesehen werden kann.

In Verbindung mit diesen finanziellen Schwierigkeiten ist ein Wechsel im Vorstand der Raiffeisenbank eingetreten. Der bisherige Generaldirektor O. H. Justizrat Dietrich, deutschnationales Mitglied des Reichstags, scheidet aus seinem Amt aus, und an seine Stelle tritt der Verbanddirektor des Verbandes der Raiffeisenvereine für Brandenburg, Schlesien, Pommern und die Grenzmark, Regierungsrat Dr. D. Frh. v. Braun. Dieser scheidet aus dem Vorstand Dr. Seemann und Direktor Schwanz aus. Neu gewählt wurden der demokratische Bundtagsabgeordnete Direktor Emil Wiglow und der Abg. Petrus-Gismarner (Ztr.).

Dietrich, der die Raiffeisenbank 16 Jahre lang leitete, hat gleichzeitig den Vorstoß im Vorstand des Generalverbandes der Deutschen Raiffeisenvereine niedergelegt, den ebenfalls Freizler v. Braun übernimmt.

Luthers weitere Verhandlungen

Mit Demokraten und Zentrum

Reichstagsrat Dr. Luther ist heute vormittag im Reichstagsgebäude, bei zunächst mit dem Abgeordneten Fehrenbach, dem Abgeordneten der Zentrumsfraktion, und dann mit Fehrenbach und Dr. Fick gemeinsam verhandelt. In der zweiten Nachmittagsstunde konnten die Besprechungen noch an.

So ist, wie bereits angeführt wurde, der Wunsch Dr. Luthers, die parlamentarische Bindung der Mittelparolen in einem zweiten Kabinett zu erreichen. An die Stelle der „Vertrauensmänner“ sollen offizielle Vertreter der Parteien gestellt werden, und das soll darin zum Ausdruck kommen, daß der Kabinett die Führer der Mittelparolen angehören, das mit der Abgeordneten Dr. Koch, Dr. Marx und Dr. Stielemann. Die demokratische Fraktion hat ihre Zustimmung bereits erklärt, das Zentrum ist im Prinzip bereit, muß die formelle Zustimmung aber abhängig von der Stellungnahme des Reichstagsrates zu einigen wichtigen Fragen, die die programmativische und die personale Zusammenfassung des künftigen Kabinetts betreffen.

In der „Wossischen Zeitung“ ist kürzlich darauf hingewiesen worden, daß Reichsarbeitsminister Dr. Brauns vom Reichstag geht, dieses Ministerium im neuen Kabinett zu behalten. Sozialpolitische Fragen dürften es auch in erster Reihe sein, die heute zwischen Fehrenbach und Luther erörtert worden sind. Auch die „Vormärz“ stellt die alljährliche Auffassung der Zentrumspartei darüber fest, daß Braunsausgang für die Beilegung die Erfüllung des Minimums verfassung und sozialer Bedingungen auch sozialpolitischer Natur ist.

Neben den programmativischen Voraussetzungen sind in den heutigen Besprechungen auch die Personalfragen erörtert, aber noch nicht zum Abschluß gebracht worden. Doch kann festgestellt werden, daß in den Verhandlungen Luthers mit den Mittelparolen heute erhebliche Fortschritte erzielt worden sind. Das wird wohl auch in den neuen Beschlüssen der Fraktionen, die für heute nachmittags zusammenberufen worden sind, zum Ausdruck kommen.

Die neue Regierung des Memellandes

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

Die ungeheure Schwermertelkatastrophe, die viele Städte des Memellandes unter Wasser setzte, hat eine große Rote hervorgerufen, die so schnell wie möglich beseitigt werden muß. Es ist deshalb notwendig, sofort eine Regierung zustande zu bringen. Der Gouverneur hat als Landespräsidenten den Landrat des Reiches Völkner, Simonaitis, einen Nationalallruer, der sich jedoch durch sein reichsritisches Auftreten gegen die Regierung in Romo gewisse Sympathien erworben hat, vorgeschlagen, und nach Zustimmung der Fraktionsführer der deutschen Minoritäten „Einheitsliste“, ernannt. Simonaitis wird am Sonntagab folgendes Direktorium beauftragen: Rektor Stumber (Wpl.), Landwirt Waldjus (Landwirtschaftspartei),

Raufmann Schaefer (Soz.) und Amtsratrichter Kairys (Linawe)

Der Landtag wird in seiner nächsten Sitzung stattfinden, daß er nach wie vor an dem demokratischen Prinzip bei der Regierungsbildung festhält, daß er aber, durch die schwere Not der Zeit gezwungen, sich bereitwillig mußte, diesem Direktorium die Zustimmung zu geben, um bis zur Einsetzung des Reichstages in dieser Frage überhaupt arbeiten zu können.

Erhöhung der Abgeordneten-Diäten in Frankreich

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

Das Ereignis des Tages ist die Erhöhung der Abgeordnetengehälter, die heute schon bekannt geworden ist. In aller Stille hat die zuständige Kommissionskommission mit allen gegen zwei Stimmen die Erhöhung der Abgeordnetengehälter von 27 000 auf 42 000 Franken (7000 Mark) für sich beschlossen. Die Abgeordneten selber sind jedoch vollkommen mit der Maßnahme des Staatsrates, h. b. des Obersten Verwaltungsorgans. Im Vergleich mit den überaus niedrigen Gehältern der französischen Staatsbeamten erscheint diese Summe enorm hoch, und dazu scheint der Augenblick, in dem aufs höchste um die Ausbalanzierung des Etats gekämpft wird, für die Verleihung des Budgets schlecht gewählt. Die Oppositionspresse der Rechten sieht denn auch bereits in großen Zetteln gegen diesen Kommissionsbeschluß ab, und nachsichtlich wird auch in der linken Mehrheit dagegen laut werden, so daß die Annahme im Plenum der Kammer auch im Senat einwachsen zweifelhaft ist.

Bérengers Anknft in New York

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

Der neue französische Botschafter in Washington, Bérenger, der an den gefestigten Schuldenerverhandlungen Callaig' im September v. S. teilgenommen hat, teilte bei seiner Landung in New York den Reportern mit: er habe den ausbrüchlichen Zustand, die französisch-amerikanischen Schuldenerverhandlungen fortzuführen. Allgemein sei auf, daß Dachsner, der frühere französische Botschafter, trotzdem er in New York anwesend war, nicht zum Empfang des neuen Botschafters erschienen war.

Solingen geräumt

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

Die englischen Besatzungstruppen sind heute morgen durch die Stadt abmarschiert und kurz nach 11 Uhr mit der Bahn über Ohligs nach Köln abtransportiert worden. Die Familienangehörigen folgten mit einem späteren Zuge. Der Rest der Besatzung zieht heute abend ab.

Bethlen verspricht reinen Tisch

Unterredung mit dem ungarischen Ministerpräsidenten

* Budapest, 14. Januar

Ministerpräsident Graf Bethlen gab gestern dem Sonder-Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“ Gelegenheit, ihm eine Reihe von Fragen vorzulegen, deren Beantwortung für den Verständnis der Situation in Ungarn unentbehrlich ist. Es gilt, wie schon in früheren Berichten erwähnt wurde, jetzt vor allem zu wissen, ob und bis zu welchem Grade die Äußere der Fronten-führer das politische Leben Ungarns schädigen beabsichtigt, andererseits, ob sie zum Anlaß genommen werden soll, den Ökonomie-prozeß nachdrücklich zu beschleunigen. Die Meinungen des Grafen Bethlen geben dafür wertvolle Anhaltspunkte. Sie haben auf den unmittelbaren Güter besonders stark gewirkt, weil sie von einem Gespräch vorgetragen wurden, der durch die Ruhe und Stille seines Wesens und durch die von jener Kleinlichkeit freien Aufrichtigkeit seiner Sprache ungewöhnlich eindringlich machen muß.

Wie ich in den einleitenden Worten darauf hinwies, daß Graf Bethlen nur einiger Zeit im Zusammenhang mit der Förschungsfrage angefragt habe, daß er eine völlige Reinigung des öffentlichen Lebens in Ungarn durchzuführen wolle, lagte der Ministerpräsident:

„Dieser Ausdruck hat nicht gebracht, denn damit würde ich gesagt haben, daß unser öffentliches Leben in einem der Verwirrung beschleunigenden Zustand lie. Wohl aber ist es richtig, und ich wiederhole es auch Ihnen, daß jeder, der irgenwie in die Förschungsaffäre verwickelt ist, aus der Öffentlichkeit verfahren und seiner Strafe zugeführt werden wird.“

Frage: „Man spricht davon, daß es in hohen Stellen Leute gibt, die man nicht unter dem Titel einer öffentlichen Schuld an der Förschung erfassen kann, die aber wertvolle Sympathie für die Förscher an den Tag legen. Ist dieser Kronen begründet?“

Antwort: „Bisher hat keine in einem öffentlichen Amte oder im politischen Leben stehende Persönlichkeit verurteilt, mit in diesem Sinne zu beeinflussen. So glaube auch nicht, daß jemand etwas deraartiges machen wird.“

Frage: „Der ernannte Kronprinz wird besonders durch den Hinweis darauf unterstützt, daß schon früher verwerthetere Handlungen aufsehener wegen dem Einfluß ertem rechtserhebender Strafe mit besonderer Milde behandelt werden seien.“

Antwort: „Es mag dabei, daß manche Fälle zu milde behandelt worden sind. Vor allem wird bei solchen Vorwürfen an die Verantwortlichen (ebend), die vor mehreren Jahren erfolgt sind. Man bestreift aber nicht geringen, daß nicht nur die Rechtschaffenheit, sondern auch eine große Zahl von Kommuniten amliert worden ist. Diese Amnestieerklärungen sollen nach meinen bin einen Vorzug gewähren, sie waren parteilich. Dennoch könnte ich mir denken, daß die Amnestie ein politischer Fehler war; manche Leute glauben jedoch, wenn sie eine verwerthetere Handlung beabsichtigen, daß in kurzer Zeit wieder eine neue Amnestie erfolgen würde, so daß sie praktisch freilassen bleiben können. Diesen Kronen werde ich entgegen, indem ich ohne jede Rücksicht und mit voller Strenge vorgehe. Nur darf man nicht von mir erwarten, daß ich einer politischen Partei zuliebe die Anhänger einer anderen politischen Partei einbringen werde, nur weil sie unbenommene Leute sind. Ich will und werde nicht vertuschen und eben ohne alle Rücksicht auf Beantwortung stehen, aber ich kann dies nur ohne Ansehen der Partei tun.“

Wie eine weitere Frage erklärte Graf Bethlen: „Ich habe bisher keinerlei Angaben dafür, daß die Frontenführer von einer bestimmten Partei oder von einer wirtschaftlichen Vereinigung oder von den Anhängern irgendeiner bestimmten Lösung der Königfrage ausgegangen ist.“

Auf eine Bemerkung über „Rauschführer“ in hohen Staatsstellungen, wie zum Beispiel der Landespolitische Radoffy sagte Graf Bethlen:

„Rausch ist gar kein Rauschführer und hat sich auch mit gegenüber wiederholt sehr abnehmend über diese Gruppe geäußert. Wohl aber ist er ein ausgeprägter Konfessionar. Diese Unternehmung wird überhaupt selbsterhalten werden. Es gibt in Ungarn eine große Menge sehr konfessionar tendenter Leute und ausgeprägter Antikemiten, die nichtabshöweniger diese „Rauschführer“ sind. Die Leute sind allerdings daran, diese Leute immer wieder als „Rauschführer“ zu bezeichnen, weil sie, je baldwie schließlic selbst in den Lager der „Rauschführer“ vertritt. Man muß sich also zunächst über die Definition einigen. Verschiedene verstehen unter „Rauschführern“ vor allem Leute von extremem

